



Quartiersmanagement Berlin

Der 2. Quartiersrätekongress am 28. März 2009
im Abgeordnetenhaus von Berlin



Zu Beginn der Veranstaltung sprachen der Präsident des Abgeordnetenhaus, Herr Walter Momper, und die Senatorin für Stadtentwicklung, Frau Ingeborg Junge-Reyer. Die Reden sind im Folgenden ausschnittsweise zitiert.



Der Einladung der Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, folgten auch in diesem Jahr wieder fast 500 Mitglieder der Quartiersräte aus den Berliner Gebieten der Sozialen Stadt. Sie nahmen an einer Veranstaltung im Berliner Abgeordnetenhaus teil, die an den ersten Kongress dieser Art im Vorjahr anknüpfte und neue Akzente setzte. Ein roter Faden durch diesen zweiten Quartiersrätekongress war das Thema „Verstetigung“. Die Instrumente des Quartiersmanagements haben in vielen Gebieten erreicht, dass die Menschen Lust an Veränderung bekommen haben und sich aktiv an den Maßnahmen beteiligen. Um auf Dauer Quartiere zu stabilisieren, bedarf es jedoch der Entwicklung dauerhafter stabiler Strukturen. Diese Aufgabe zu bewältigen hat zur Voraussetzung, dass an die Stelle vieler Zuständigkeiten die gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten treten muss.

Im Rahmen der Plenarveranstaltung wurde die Arbeit der Quartiersräte durch Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Verwaltung gewürdigt. Im Anschluss folgten die Input-Referate aus Sicht von lokalen Akteuren, bezirklichen Politikern und ein Erfahrungsbericht eines Berlin-weiten Modellprojektes. Während des Buffets standen Austausch und Begegnung im Vordergrund. Im Anschluss wurde die Veranstaltung in rege besuchten Arbeitsgruppen fortgesetzt.

In der vorliegenden Dokumentation sind die Reden auszugsweise wiedergegeben, die Input-Referate zusammengefasst und die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vorgestellt, um für das weitere Verfahren und mögliche Folgeveranstaltungen eine qualifizierte Diskussionsgrundlage zu schaffen. ■

Walter Momper (Präsident des Abgeordnetenhaus von Berlin)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Quartiersräte und Stadtteilmanager, Frau Senatorin Junge-Reyer, Frau Staatssekretärin Dunger-Löper, Frau Bezirksstadträtin Meys, Herr Bürgermeister Hanke, herzlich willkommen im Berliner Abgeordnetenhaus. Es ist eine Freude, Sie hier begrüßen zu können. Das ist nun der zweite Quartiersrätekongress. Ich erinnere mich an den im letzten Jahr noch sehr gut. Es ist wichtig und eine Freude für uns und die Stadt Berlin, dass Sie sich hier beraten, dass Sie sich gegenseitig informieren, dass Sie uns informieren über das, was gemacht wird, was man machen kann und was man tun sollte. Herzlich willkommen zum Quartiersrätekongress.

Ich freue mich, dass die Quartiersräte hier so zahlreich erschienen sind. Sie leisten wichtige

Arbeit in den Kiezen für unsere soziale Stadt. Es ist wirklich außerordentlich wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Kiezen für ihre eigenen Interessen mobilisiert werden, dafür, dass die Kieze intakt bleiben. Dafür, dass sie funktionieren. Dafür, dass es eine gute Nachbarschaft gibt. Und dafür, dass man auch darauf achtet, dass die Kräfte mobilisiert werden, die in so einem Kiez da sind. Und natürlich geht es darum, das Abrutschen von Kiezen zu vermeiden, das soziale Abrutschen. Ich weiß auch, und das ist hier im Abgeordnetenhaus auch immer das Hauptthema, dass wir es in Vielem unvergleichlich leichter hätten, wenn die Arbeitslosigkeit nicht so hoch wäre wie sie ist. Niemand weiß im Moment wirklich, wie die wirtschaftliche Entwicklung aussehen wird. Aber man kann hoffen, man muss daran arbeiten, und einiges wird ja auch von Seiten der Bundesregierung, der Länder, vor allen Dingen jetzt mit dem Konjunkturprogramm, getan.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen heute hier eine gute Beratung, eine gute Zeit, genießen Sie auch das Ambiente dieses Abgeordnetenhaus. Wenn Sie hier tagen, fühlen Sie sich einfach wie die Abgeordneten, wie die Senatoren, wie die Senatsmitglieder und machen Sie Politik. Das, was Sie machen, ist ja auch ein Teil einer ganz wichtigen Politik für unsere Stadt und für die Bürgerinnen und Bürger. Ja, Sie sind ein Teil und tragen dazu bei, und dafür danke ich Ihnen im Namen des Abgeordnetenhaus.

Nochmals herzlich willkommen im Berliner Abgeordnetenhaus, eine gute Beratung, einen guten Tag und gute neue Erkenntnisse. ■



Ingeborg Junge-Reyer (Senatorin für Stadtentwicklung)

Meine Damen und Herren, sehr herzlich willkommen auch von mir im Berliner Abgeordnetenhaus. Ich danke Ihnen, Herr Präsident, lieber Walter Momper, dass wir zum zweiten Mal hier zu Gast sein dürfen mit der Quartiersrätekonferenz an einem Ort, an dem sonst das politische Geschehen in Berlin ganz wesentlich bestimmt wird. Ich glaube, das ist der richtige Ort für Sie, denn auch Sie haben Teil an der Gestaltung von Politik vor Ort in Berlin. Ich freue mich, dass wir wieder zu einem Quartiersrätekongress zusammengekommen sind.

Immer dann, wenn wir gefragt werden, was Soziale Stadtentwicklung in Berlin eigentlich bedeutet – inzwischen auch über die Bundesrepublik hinaus – dann sagen wir, dass Soziale Stadtentwicklung durch die Menschen, durch die Bürgerinnen und Bürger, entsteht. Es sind Menschen, die sich in den Kiezen enga-

gieren, Menschen, die mit ihrer Erfahrung, mit ihrem Sachverstand dazu beitragen, dass sich Nachbarschaften positiv entwickeln, dass lebendige Stadtteile in Berlin Orte sind, an denen man sich wohlfühlt, an denen Familien mit Kindern gern leben. Dafür will ich Ihnen zuerst sehr herzlich danken.

Die Quartiersräte sind ein wesentlicher Baustein des Quartiersmanagements geworden, sie sind Kern des Geschehens. Sie als Expertinnen und Experten, mit Ihren eigenen Kompetenzen, mit Ihren beruflichen Erfahrungen, Ihren Erfahrungen im familiären Umfeld, Ihren Erfahrungen im Umgang mit einer älter werdenden Generation oder im Umgang mit Kindern, in der Erziehung und in der Bildung bestimmen die Entwicklungsstrategien für ein Quartier ganz wesentlich mit.

In Ihrer Arbeit geht es oft auch kontrovers zu. Und ich kann mir vorstellen, dass es für den einen oder die andere von Ihnen gelegentlich

auch Situationen gegeben hat, wo Sie gesagt haben, „Warum tue ich mir das an, wenn damit so viele Konflikte verbunden sind?“. Ich will Ihnen danken, dass Sie auch in solchen Situationen gesagt haben, „Es lohnt sich. Ich mache weiter. Ich will mich in der Auseinandersetzung mit meinen Ideen kritisch einbringen in das, was in dieser Nachbarschaft wichtig ist“. Ich glaube, dass wir auf der anderen Seite auch stolz darauf sein können, dass wir mit der Sozialen Stadtentwicklung gleichzeitig so etwas wie ein revolutionäres Projekt für viele andere ins Leben gerufen haben.

Wenn ich sage „für viele andere“, dann meine ich zu allererst die vielen Organisationen, Vereine, die Partner im Kiez, die Wohnungsbau-gesellschaften, Schulen, Institutionen, die Polizei und alle diejenigen, die sich im Kiez engagieren. Es gehört dazu, dass alle miteinander reden, sich untereinander abstimmen und dass man sich darauf verständigen muss, was für die Entwicklung vor Ort vorrangig und

wichtig ist. Das Ziel der Sozialen Stadtentwicklung ist, dass Menschen überall in Berlin gleiche Chancen haben, ihre Lebensvorstellungen, ihre Träume zu verwirklichen. Das Wichtigste aber – und das hat sich auch in Ihrer Arbeit herausgestellt – ist der Zugang zu Bildung und Ausbildung.

Nun mag man sagen, natürlich können wir im Kiez nicht wirklich Arbeitsmarktpolitik betreiben. Wir können auch die Wirtschaftskrise nicht mit Mitteln aus dem Quartier heraus überwinden. Aber wir können dafür sorgen, dass Menschen den Mut nicht verlieren, und wir können vor allen Dingen einen Beitrag dazu leisten, dass sich die Chancen für die Menschen erhöhen, indem wir die Voraussetzungen verbessern. Etwa dadurch, dass die Kindertagesstätten und die Schulen im Kiez so tüchtig wie möglich sind. Ertüchtigen ist deshalb ein Stichwort, das sich in ganz besonderer Weise auf die Arbeit von vielen von Ihnen bezieht, wenn es um Ihren

Beitrag, um lebendige Schulen, um Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche geht.

Ich selbst habe durch viele Gespräche mit Ihnen in den Stadtteilen – von Neukölln und Marzahn bis Spandau, Mitte und Kreuzberg – erfahren, dass Sie, wenn es um die Entscheidung ging, wo wollen wir Mittel einsetzen, natürlich zuerst gefragt haben: Wie sieht die Umgebung aus? Was muss hier besser werden? Was muss sich hier unmittelbar in unserem Wohnumfeld verändern? Müssen wir einen Spielplatz verändern? Müssen wir Geld investieren in die Gestaltung eines kleinen Stadtplatzes?

Lassen Sie mich Ihnen deshalb auch dafür danken, dass Sie Anregungen gegeben haben für die Weiterentwicklung von Politik weit über die Quartiere hinaus. Ihre Hinweise auf die Situation in Kindertagesstätten und Schulen hat auch Politik in Berlin weitergebracht. Wir suchen Ihren Rat und Ihre Unter-

stützung. Ich freue mich, dass hier heute Kolleginnen und Kollegen aus den Bezirken anwesend sind. Ich freue mich darüber, dass ein solcher Austausch auch innerhalb der Bezirke stattfindet und dass verbindliche Absprachen getroffen werden mit den bezirklichen Behörden. Ich möchte erreichen, mit Ihnen zusammen, dass durch diese Verbindlichkeit, die Sie durch Ihre Verantwortungsübernahme beweisen, auch eine Verbindlichkeit erzeugt wird in der Zusammenarbeit mit allen Verwaltungen und all den anderen, die in Berlin Verantwortung für die Entwicklung der Stadt haben.

Ich danke Ihnen noch einmal ausdrücklich für das, was Sie leisten, für Ihre täglichen Anstrengungen, für Ihre Konfliktbereitschaft, Ihre Ideen, aber vor allen Dingen auch für die Arbeit, die damit verbunden ist. Lassen Sie uns sehr gerne miteinander die Quartiere, die Kieze, die Stadtteile der Sozialen Stadt weiterentwickeln. Wir entwickeln damit ganz Berlin. Ich danke Ihnen dafür. ■

Die Input-Referate hatten zur Aufgabe, engagierte Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen zu lassen, aktuelle Bezüge aus der Diskussion in den Quartieren zur Verstetigung aufzunehmen, spezielle Aspekte herauszuarbeiten und Modellvorhaben vorzustellen.



Bürgerstiftung als Brückenbauer

Herr Walther, als Vorsitzender des Vorstands der Bürgerstiftung Neukölln sprach über die Bedeutung und Möglichkeiten von Bürgerstiftungen.

Bürgerstiftungen verstehen sich als Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern in einem abgegrenzten Gebiet (z.B. einer Stadt) und streben den langfristigen Aufbau eines Kapitalstocks an, um durch eigene Projekte und/oder Förderung verschiedenen gemeinnützigen Zwecken zu dienen. 2005 erfolgte nach gut zweijährigem intensiven Fundraising-Prozess die Gründung der Bürgerstiftung Neukölln. Sie ist die erste Stadtteil-Bürgerstiftung in Deutschland und die erste, die einen multiethnischen Ansatz verfolgt. Sie versteht sich als „Plattform für innovative Ansätze zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen in verschiedenen Bereichen“.

Zu den über 100 Gründungstifterinnen und -stiftern zählen Hauseigentümer, Einzelpersonlichkeiten, Unternehmen, Parteien, Migrantenverbände, Kirchengemeinden, Wohlfahrtsver-

bände, Schulen u.a. Die Stiftung bietet einen weit gefassten Rahmen für bürgerschaftliches Engagement. Schon mit 500 Euro kann man Stifter werden. Um diesen Betrag aufzubringen, kann man sich auch mit beliebig vielen anderen zusammenschließen. Schließlich kann man auch „Zeitstifter“ werden. So wird eine Brücke gebaut zwischen denen, die über Geld, Zeit und Ideen verfügen, und einem Gemeinwesen, das dieses Engagement braucht.

Festgestellt wurde auch: „Bürgerstiftung verlangt langen Atem“. Bis sie Projekte, Förderung und eigene Geschäftsführung aus eigenen Erträgen finanzieren kann, bedarf es Vertrauensbildung und zahlreicher Zustiftungen. Ein Dilemma ist, dass Stiftungskapital nicht für die aktuelle Förderung zur Verfügung steht, weil es dauerhaft angelegt werden muss. Aber der bisherige Werdegang der Neuköllner Stiftung mache Mut, bereits frühzeitig mit dem Engagement zu beginnen und auf Langfristigkeit zu setzen. So haben die Initiatoren bereits vor der Gründung im Jahr 2004 den seitdem jährlich verliehenen Neuköllner

Bürgerpreis für beispielhaftes Engagement ins Leben gerufen.

Die Bürgerstiftung bietet auch eine Perspektive in der Debatte um die „Verstetigung“ der durch das Programm Soziale Stadt bewirkten Bürgeraktivierung. Bürgerstiftungen schaffen ebenfalls eine Struktur, um Bürgerinnen und Bürger für ein Engagement im Gemeinwesen zu gewinnen. So könnten Quartiersmanagements von vornherein darauf hinarbeiten, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und andere lokale „Stakeholder“ nicht nur für die Vernetzung untereinander, sondern auch für den Aufbau einer Bürgerstiftung (oder auch einer lokalen Unterstiftung oder eines Kiezfonds unter dem Dach einer bestehenden Bürgerstiftung) zu gewinnen. Dies entspräche dem Gedanken der Sozialen Stadt und verleihe zugleich dem bereits geleisteten Bürgerengagement eine langfristige Perspektive. Letztlich bietet sich so auch eine Möglichkeit, um das Verhältnis von Staat und bürgerschaftlichem Engagement neu auszutarieren und eine neue Form von „Local Governance“ zu entwickeln. ■

Quartiersräte: Eine Stimme für die Bewohnerinnen und Bewohner

Frau Bayram und Herr Hajaj vertreten den Quartiersrat der Werner-Düttmann-Siedlung in Kreuzberg, die mit rund 3000 Bewohnerinnen und Bewohnern eines der kleineren Stadtteilmanagementgebiete in Berlin ist. Sie waren stolz, hier reden zu dürfen.

Quartiersräte bieten den Bewohnerinnen und Bewohnern, die sich mit ihrem Kiez identifizieren, eine Stimme: „Ich bin schon seit fast einem Jahr im Quartiersrat, aber ich lebe schon seit längerem in Berlin. Berlin ist für mich Kreuzberg, weil ich dort aufgewachsen und auch

zur Schule gegangen bin, in eine Ehe gegangen und meine zwei Kinder auf die Welt gebracht habe. Deshalb ist Kreuzberg mein Heimatort.“ Und sie bieten die Möglichkeit, aktiv das eigene Wohnumfeld mit zu gestalten: „Ich ließ mich dann auch als Bewohnermitglied wählen und so durfte ich dann auch über die Projekte mitentscheiden, weil ich wusste, was für die Siedlung gut ist. Es sieht alles sehr leicht aus von außen. Es ist aber nicht so. Hier zu stehen und über meine Erfahrung zu erzählen, ist es auch nicht. Aber es ist wichtig. Meine Stimme ist wichtig für die Siedlung und für meine Umgebung. Daher

finde ich es sehr gut, dass es die Quartiersräte gibt.“

Darüber hinaus sind Quartiersräte Orte des Lernens und Erfahrungsaustausches, wie die Sprecher selbst sagen: „In dieser Arbeit im Quartiersrat habe ich viele Sachen gelernt, z. B. wie kann ich mir als Bewohnerin oder Bewohner wichtige Informationen besorgen? Welche Wünsche und Hoffnungen haben die anderen Bewohnerinnen und Bewohner? Wie laufen die Verfahren des Programms Soziale Stadt ab (z.B. Finanzierung)?“ ■



Modellvorhaben Familie im Zentrum

Die Spandauer Bezirksstadträtin Frau Meys befasste sich mit dem integrativen Konzept „Familie im Zentrum“.

Die kompetenzfördernden Angebote für Kinder, Jugendliche und ihre Familien des Jugendamtes wurden mit dem Konzept integrierter Stadtentwicklung verbunden und an die Situation in Spandau angepasst. Das Projekt ist nicht nur ein Projekt der Abteilung Jugend und Familie im Bezirk Spandau, sondern es ist ein gemeinsames Projekt aller Abteilungen des Bezirksamtes Spandau.

Seit Anfang 2008 gibt es drei Familienzentren im Bezirk, zwei an Kindertagesstätten und eins an einer Grundschule. Die Familienzentren kooperieren mit Jugendfreizeiteinrichtungen, Kirchengemeinden, KITAS, Polizei und Schule. „Familienzentren sind Orte, wo Vernetzung und Kooperation zwischen Einrichtungen gepflegt und weiterentwickelt werden, und sie sind auch, und das ist der wichtigste Punkt, Orte, wo Menschen aktiv sein können, ihre eigenen Fähigkeiten und Talente einbringen können und alle zum Wohle der Familie Hand in Hand arbeiten.“

Die Familienzentren haben ein breites Angebotsspektrum: Familiencafé, Teestube, Vätermütter-Gruppen, Beratung und Begleitung bei Behördengängen, Geburtsvorbereitung, Erziehungsgesprächskreise, Eltern-Kind-Frühstück, Babysittervermittlung und -qualifizierung, Dolmetscher-Kurse, türkisch-arabische Kultur-nachmittage. Damit, „wollen wir Eltern- und Familienkompetenzen stärken, Ressourcen aktivieren, die Bildungschancen von Kindern verbessern und generationsübergreifende Nachbarschaftshilfen entwickeln“. Das Projekt hat sich als modellhaft erwiesen und strahlt in das Gebiet aus. ■

Die Jugend redet mit – Jugendräte

Frau Deniz ist Mitglied eines der Jugendräte, die bereits seit etwa eineinhalb Jahren in Berlin als Modellprojekt laufen.

Die Idee der Jugendräte besteht darin, Hauptschülerinnen und Hauptschüler zur Mitarbeit zu gewinnen, sie zu qualifizieren, in den Quartiersrat einzubinden und letztlich auch zu Expertinnen und Experten zu machen, die sich mit der Verwaltung auseinandersetzen können. So lernen sie beispielsweise ihre Ideen bzw. die ihrer Projekte zu planen, Anträge zu schreiben, Gelder zu beantragen oder auch und vor allem, andere Jugendliche zu moti-

vieren. Die Gruppen haben diese Schritte zusammen mit Moderatoren erarbeitet.

Jugendräte verdeutlichen nicht nur eine längst überfällige Anerkennung der Jugendlichen in der Erwachsenenwelt. Sie sind auch eine Stimme und Pendant zur Förderpolitik des Programms Soziale Stadt, wo viele der Projekte auf den Bildungs- und Jugendbereich angelegt sind.

Die zentralen Erkenntnisse sind: „Es funktioniert!“ „Die Erwachsenenwelt muss es wollen und zu-lassen!“ „Es klappt nur in Kooperation mit (bestehenden) Jugendprojekten, Schulen etc.“

„Es kann sogar Spaß machen!“ „Die Ideen und Wege sind übertragbar auf andere Gebiete!“

Der Verlauf dieses Modellprojektes selbst war recht offen in seinem Prozess, wie die Sprecherin beschreibt: „Als man uns damals das Projektmodell Jugendräte vorgestellt hat, wussten wir noch nicht, was man von uns erwartet. Wir wussten auch noch nicht, wie das Projekt am Ende aussehen soll. Wir wussten lediglich, dass wir Jugendliche nun endlich mal die Möglichkeit bekommen, etwas zu verändern, was wichtig für uns ist.“ Aber letztlich war der Spaß an der Arbeit Grund genug, sich einzubringen. ■



Das Buffet wurde genutzt, um ins Gespräch zu kommen und über das Gehörte zu diskutieren. Der Austausch zwischen den Gebieten wurde gesucht und die Identifikation mit „ihren“ Gebieten wurde immer wieder deutlich.

Wandelhalle und Vorbereich des Casinos des Berliner Abgeordnetenhauses wurden für die Darstellung der Arbeit der einzelnen Quartiersmanagementteams und für Tafeln der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zur Charakterisierung der Gebiete genutzt. Daraus ergab sich eine kleine lebendige Ausstellung mit vielen Anreizen zur Diskussion. Die Möglichkeit, die eigene Arbeit darzustellen und mit anderen ins Gespräch zu kommen, wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern intensiv genutzt. ■



Die Räumlichkeiten des Abgeordnetenhauses wurden erstmals über den Plenarsaal und sein unmittelbares Umfeld hinaus durch die Quartiersräte „erobert“ und zu Orten lebhafter Diskussion gemacht.

Die Arbeitsgruppen (AGs) boten zu den vorher gehörten Themen und anderen Aspekten der sozialen Stadtentwicklung den Rahmen, um untereinander, aber auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Quartiersmanagementteams und der Senatsverwaltung in einen offenen, auf gleicher Augenhöhe geführten Dialog zu treten. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sind im Nachfolgenden in aufgearbeiteter Form abgedruckt. Sie bilden den Stand der Diskussion ab und sind somit als Zwischenergebnisse zu verstehen. ■





Zielsetzung:

Seit Mitte der 1990-er Jahre entstehen auch in Deutschland zunehmend mehr Bürgerstiftungen. Ziel von Bürgerstiftungen ist es, Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, spezifische Beiträge zum Gemeinwohl für einen begrenzten, lokalen Raum unter einem gemeinsamen Dach zu leisten. Bürgerstiftungen können möglicherweise in den Berliner QM-Gebieten bzw. auf Stadtteilebene ein Ansatz sein für nachhaltiges bürgerschaftliches Engagement auch nach Beendigung der Quartiersverfahren. Folgenden Fragestellungen soll daher nachgegangen werden:

- Aufbau, Funktionsweise und Arbeit von Bürgerstiftungen.
- Wo gibt es bereits Bürgerstiftungen bzw. Gründungsaktivitäten?
- Erfahrung: Schwierigkeiten und Erfolge?
- Welches sind die Gelingensbedingungen für Bürgerstiftungen?
- Bürgerstiftungen – ein Zukunftsmodell für die Berliner QM-Gebiete?

Beispiel Bürgerstiftung Berlin:

- Die Bürgerstiftung Berlin wurde 1999 gegründet, umfasst heute ca. 300 Mitglieder und arbeitet unabhängig von der Politik.

- Die Gründung erfolgte auf Basis einer ersten Spende in Höhe von 375.000 DM (ca. 190.000 Euro).
- Aktuelles Stiftungskapital ca. 300.000 Euro – hinzu kamen im vergangenen Jahr Spenden von ca. 200.000 Euro.
- Der Start erfolgte über die Projektebene. Unterstützt wurde als erste Aktivität die Reintegration von Schulverweigern.
- „Arme Stadt – arme Stiftung“ – das Stiftungskapital ermöglicht keine finanzielle Förderung von Projekten, die Bürgerstiftung arbeitet daher ausschließlich operativ, d. h. sie organisiert ehrenamtliches Engagement, betreibt Fundraising und fungiert als Dach für kleinere Unterstiftungen.

Nachfragen und Wortbeiträge:

- Gibt es unterschiedliche Rechtsformen für eine Bürgerstiftung? Welche Voraussetzungen müssen für die Gründung einer Bürgerstiftung gegeben sein?
- Beispiel Bürgerstiftung Berlin-Neukölln: Versteht sich auch als „politische Kraft“, jährliche Verleihung eines Bürgerpreises, Förderung kleinerer Projekte im Rahmen eines „Förderfonds“, Unterstützung einer Anerkennungskultur in Neukölln.

- Bürgerstiftungen sind auf ihren jeweiligen Stiftungszweck begrenzt und damit kein Instrument einer querschnittsorientierten Stadtentwicklung.
- „Pro Schillerkiez e. V.“: Gründung eines Vereins als Perspektive für die Zeit nach Beendigung des QM-Verfahrens Schillerpromenade in Verbindung mit einem „Markt der Vielfalt“.
- QM-Gebiet Brunnenstrasse: Aktivitäten zur Gründung einer „Bürgerstiftung Wedding“, gedacht als Ansprechpartner, Mittler zwischen Politik, Verwaltung und den Menschen im Stadtteil, langfristiger Verfügungsfonds für den Stadtteil.

Zusammenfassung und Ausblick:

Deutlich wurde, dass es nicht „die Bürgerstiftung“ gibt, sondern auch hier unterschiedliche Modelle, Zielsetzungen und Verfahrensweisen existieren und praktisch erprobt werden. Eine besondere Schwierigkeit wird gerade in Berlin im Zustandekommen des Stiftungskapitals gesehen. Bürgerstiftungen können die bestehenden Strukturen der Quartiersverfahren nicht ersetzen. Es wird vorgeschlagen, das Thema Bürgerstiftung bei Interesse im Rahmen eines „Arbeitskreises Bürgerstiftungen“ weiter zu diskutieren. ■

In Ergänzung zu der Vorstellung im Plenum wurde das Modellvorhaben erläutert und diskutiert:

- Das Modellprojekt wurde durch die Verwaltung initiiert. Wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung war ein Bezirksamtsbeschluss sowie die Unterstützung des Projektes durch alle Verwaltungsabteilungen in Spandau.
- Kitas und Grundschulen hatten die Möglichkeit, sich um den Standort Familienzentrum zu bewerben. Das Interesse fiel erst einmal geringer aus, als vom Bezirk angenommen. Hauptsächlich lag es an Arbeitsüberlastung der Institutionen.
- Es wurden drei Standorte (zwei Kitas, eine Grundschule) für das FIZ in den drei Stadtteilmanagementgebieten in Spandau ausgewählt. Jeder Standort erhält 100.000 Euro pro Jahr, die für eineinhalb Personalstellen und Sachkosten ausgegeben werden. Während in der Grundschule eine halbe Lehrerstelle zusätzlich für das FIZ zur Verfügung steht, bestehen in den Kitas keine weiteren Personalressourcen. Um zusätzliche Räume für die drei Einrichtungen zu schaffen, wurden aus dem Quartiersfond IV weitere Mittel für An-

- bauten verwendet. Die Klärung und der Bau der Räume hat das erste Jahr in Anspruch genommen.
- Nach der Auswahl der Standorte wurden Steuerungsrounds mit allen unterschiedlichen Akteuren, Institutionen, sowie den Eltern und dem Bezirksamt gegründet.

Die Diskussion griff folgende Fragen auf: Wie wird das FIZ von Familien angenommen? Wie wird es im Stadtteil bekannt gemacht? Welche Haltung hatten die Quartiersräte zu dem Modellprojekt?

- Im FIZ werden unterschiedliche Beratungsangebote und Aktivitäten für Eltern angeboten, dann kommen die Eltern eher. Ein offenes Begegnungsangebot reicht nicht aus. Die Einbindung der Eltern sowie Ehrenamtlicher ist schwierig.
- Das FIZ wird in anderen Einrichtungen vorgestellt.
- Derzeit prüft das Bezirksamt, welche bezirklichen Beratungsangebote in das FIZ dauerhaft integriert werden können, um es als Anlaufstelle zu qualifizieren.
- Die ersten Erfahrungen zeigen, dass ein Jahr notwendig ist, bis der Betrieb im FIZ läuft.

- Während zwei Quartiersräte das Modellvorhaben sehr unterstützen, ist ein Quartiersrat eher skeptisch. Hier kommt das Bezirksamt öfter in die Quartiersratssitzungen und berichtet über das Vorhaben.
- Ist das Modellvorhaben auf andere Gebiete übertragbar? Was ist für eine Verstetigung des FIZ wichtig? Können Familienzentren durch die Übertragung der Aufgaben an Ehrenamtliche verstetigt werden?

- Das Modellvorhaben FIZ ist auf andere Gebiete übertragbar, wichtig dabei ist aber die Einbindung unterschiedlicher Communities und ein entsprechend vielfältiges Trägerteam.
- In der Diskussion wurde betont, dass die drei Jahre für das Modellvorhaben ein ehrgeiziges Ziel bei der Verstetigung darstellen würde.
- Wichtig sind Anregungen zur Eigeninitiative und die Aktivierung von Eltern und Ehrenamtlichen vor Ort, die in das FIZ eingebunden werden. Einhellige Meinung der Runde war, dass die Ehrenamtlichen ein Familienzentrum nicht allein tragen können, sondern Anleitung und Ansprechpartner benötigen. ■



Für die Arbeit im und mit dem Quartiersrat (QR) ist stets eine Verständigung über den Begriff der Teilhabe notwendig: „Bürgerinnen und Bürger sind nur bereit sich zu beteiligen, wenn sie eigene Vorschläge einbringen können und so ein Teil des sich entwickelnden Ganzen sind.“

Zunächst wurde die Studie der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) zur Bestandsaufnahme und Analyse der Bürgerbeteiligung im Reuterquartier vorgestellt:

- Seitens der Bürgerinnen und Bürger besteht der Wunsch, von Verwaltung und Politik als Berater betrachtet zu werden. Das „Andocken“ an die Verwaltung sollte verbessert werden, etwa durch bessere Zugänge und eine veränderte Kultur des Zuhörens.
- Der Unterschied des QR im Reuterkiez liegt u.a. in seiner Struktur als ein offenes, direktdemokratisches Gremium, in dem die Mitgliedschaft nicht über Wahl sondern durch regelmäßige Teilnahme bestimmt wird; jedes Mitglied eine Stimmrecht im Beiratsplenum hat, sofern es im Quartier wohnt bzw. als Vertreter eines ansässigen Vereins teilnimmt und auch bei mindestens

einer der beiden vorherigen Sitzungen anwesend war. Dies korrespondiert mit der Beschränkung des Selbstverständnisses des QR im Reuterkiez: der QR hat nichts zu entscheiden, aber mehr zu sagen. Der QR verzichtet bewusst darauf, über die Mittelvergabe zu entscheiden. Stattdessen gibt der QR der Verwaltung Bewertungen zu den jeweiligen Projekten, denen die Verwaltung oft folgt.

- „Die Geschäftsstelle und der Beirat sind nicht getrennt voneinander zu betrachten, weil bereits das Vorhandensein der Geschäftsstelle ein Ergebnis bürgerschaftlichen Gestaltungswillens im Reuterquartier ist.“ Zudem sind beide direkt mit dem Quartiersverfahren verbunden und haben damit eine große Verantwortung inne. Angesprochen wurden aber auch Hemmnisse durch das Berliner Quartiersverfahren (unterschiedliche Mentalitäten und Motivationslagen der Verwaltung sowie der Bürgerinnen und Bürger).

Sind Quartiersräte ein Zukunftsmodell zivilgesellschaftlicher Mitbestimmung? Diese Frage wurde mehrheitlich bejaht. Es wurde aber gleichzeitig auf unterschiedliche zu berücksichtigende Aspekte verwiesen:

- Ziele nicht ausschließlich unter dem Aspekt „Ausgleich sozialer Defizite“ verbinden.
- Die Eigenheiten der Quartiere, z. B. Größe, Infrastruktur und Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner, stellen unterschiedliche Anforderungen an die Struktur und Arbeit der QR.
- Gewarnt wird vor einer ideellen Überhöhung des QR als Form von Bürgerbeteiligung; es gibt verschiedene Engagementformen, die auf unterschiedliche Weise Vorteile und Möglichkeiten bieten. Der QR ist eine von mehreren Varianten. Jedes Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist wertvoll!
- Die Schwierigkeit der Motivierung und Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern zur aktiven Teilnahme am QR kann u.a. angegangen werden, wenn deutlich nach außen kommuniziert wird, was QR bewirken können und wenn entsprechende Rechte und Handlungsspielräume eingeräumt bzw. ausgeweitet werden.
- Eine gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Interessenlagen und Kommunikationsstile von QR, Bezirksamt usw. ist wichtig für eine gute Zusammenarbeit.

Der Workshop wurde vor allem von Quartiersmanagern, aber auch einigen Quartiersräten besucht. Motiviert waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor allem durch sehr gezielte Fragen: Wie kann Verstetigung stattfinden bei Ausschluss der Regelfinanzierung? Welcher Strukturen bedarf es für dauerhafte Projekte / Stadtteilarbeit? Gibt es Kriterien, die in die Regelfinanzierung übernommen werden? Wie werden Wünsche der Quartiersräte bzw. Quartiersmanager berücksichtigt?

Der Bericht aus dem Bezirksamt Mitte führte in das Thema ein und beschrieb die Situation und Erfahrungen wie folgt:

- Es gibt bereits eine Vielzahl interagierender Gremien, die gemeinsam Themen bearbeiten, z.B. Ämterrunde, Lenkungs- und Steuer-

rundung, Quartiersratssprecher, Bezirksverordnetenversammlung (BVV), Fachämter, Arbeitsgruppen.

- Es ist ein Vorher-Nachher-Effekt zu verzeichnen: Vorher hat jedes Fachamt usw. für sich gearbeitet. Danach kommt es vermehrt zu Absprachen bzw. zum Austausch zwischen den Ämtern. Hinweise vom QR werden durchaus berücksichtigt und bei Ablehnung ist dies seitens des betreffenden Amtes zu begründen.
- Es hat eine Kompetenzverschiebung von der Senats- auf die Bezirksebene gegeben, d.h. jetzt kann das Bezirksamt mit Hilfe von Bezirksbeschlüssen über Programmmittel entscheiden.
- Als Beispiel für Verstetigung gilt das Projekt der Integrationslotsen (64 Lotsen – entsprechen-

der lokalen Bevölkerungszusammensetzung ausgewählt – in vier Prognoserräumen)

Es gab eine Reihe von Nachfragen und eine rege Diskussion:

- Es besteht ein großer Bedarf an Klärung des Begriffsverständnisses von Verstetigung (a) Verstetigung von Projekten, (b) Verstetigung von Verfahren. Grundsätzlich gilt, dass Verstetigung sich nicht auf eine Weiterförderung reduzieren lässt.
- Nahezu alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer benennen Schwierigkeiten bei der Einbindung der Verwaltung, mit der Heterogenität der Akteure und deren unterschiedliche Sichtweisen, was potenziell zu Konflikten führt. ■



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des meist besuchten Kongress-Workshops erhielten über die Vorstellung des Modellprojekts von Pinar Deniz, Jugendrätin im Schöneberger Norden und seitens der Stiftung SPI einen Einblick in die bisherige Arbeit.

Zentrale Ergebnisse der bisherigen Arbeit:

- Das Modellprojekt zur Einführung von Jugendräten wurde in folgenden Quartiersmanagementgebieten umgesetzt: Heerstraße Nord (Spandau), Schöneberger Norden (Tempelhof-Schöneberg), Gropiusstadt/Lipschitzallee (Neukölln), Hellersdorfer Promenade (Marzahn-Hellersdorf).
- Es ist vor allem im QM-Gebiet Schöneberger Norden gelungen, die Zielgruppe der Hauptschülerinnen und Hauptschüler zu erreichen und für Beteiligungsprozesse zu interessieren.
- Bei der Erreichung und Motivation von Jugendlichen erweist sich eine enge Kooperation mit den Jugendeinrichtungen vor Ort als unerlässlich.
- Die Zusammenarbeit mit Schulen stellt sich in Bezug auf die Ansprache von potenziell

interessierten Jugendlichen als weniger erfolgreich heraus.

- Es ist gelungen, die Jugendlichen bezüglich der Entwicklung von Projekten, im Projektmanagement, in der Bearbeitung von Anträgen und Abrechnungen, in der Öffentlichkeitsarbeit zu qualifizieren und in ihren Kompetenzen zu stärken.
- Der Erfolg wird vor allem darauf zurückgeführt, dass die Jugendlichen die Gelegenheiten erhalten, die im Gebiet für sie vorhandenen Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu untersuchen und eigene Projektideen zu entwickeln, um Lücken in dem für sie wichtigen Angebot zu schließen.

Möglichkeiten der Weiterentwicklung:

- Trotz der zum Teil unterschiedlich erfolgreichen Erfahrungen in den Quartiersmanagementgebieten besteht Einigkeit über die Fortführung der Projekte in den ausgewählten Gebieten bzw. der Wunsch nach Ausweitung des Modellprojektes auf andere Gebiete.
- Die wesentliche Frage lautet, wie die Jugendlichen in die bestehenden Quartiersmana-

gementstrukturen eingebunden werden können, d.h. konkret, wie eine entsprechende Schnittstelle zum Quartiers- bzw. Vergabebeirat aussehen könnte.

- Je nach Bedingungen in den einzelnen Quartieren können die Jugendräte unterschiedlich gestaltet werden; grundsätzlich zu klären sind rechtliche Aspekte wie z.B. Altersgrenzen für die Wahl in den QR.
- Jugendräte als „Add on“ des Quartiersrates, d.h. Jugendliche beschließen über die für das Gebiet eingereichten Jugendthemen in gesonderten Sitzungen.
- Jugendliche als Teil des QR mit einem personalisierten Stimmrecht bei allen Projektanträgen.

Zu berücksichtigende Faktoren:

- Den Jugendlichen genügend Spielraum geben.
- Jugendliche haben wenig Interesse an der üblichen „Sitzkultur“.
- Jugendliche ernst nehmen.
- Bestehende QR können von den Jugendräten lernen. ■

Die Resonanz auf die Veranstaltung im Ganzen und auf die Möglichkeit, in einen Dialog einzusteigen im Besonderen, war sehr positiv. Gerade der Dialog zwischen den Quartiersräten wurde hervorgehoben und für die Zukunft verabredet. Dies ist sowohl auf den Internetseiten der Quartiersmanagementgebiete als auch in Auswertungsgesprächen deutlich geworden. Es wurde sichtbar, dass sich unabhängig von der Verwaltung ein Erfahrungsaustausch zwischen den Gebieten und Stadtteilen entwickelt.

Viele der Quartiersräte und Quartiersmanagementteams haben in ihren lokalen Medien über den zweiten Berliner Quartiersrätekongress berichtet. Einige Textteile dieser Berichte sind auszugsweise wiedergegeben.

„Momper bittet Quartiersräte: 'Machen Sie Politik!'“

Am Samstag, dem 28. März 2009, empfing die Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, die Berliner Quartiersräte zu einem Erfahrungsaustausch im Berliner Abgeordnetenhaus. Die rund 200 Plätze des Plenarsaals,

auf denen normalerweise die Berliner Abgeordneten sitzen, waren voll besetzt. Zur Begrüßung forderte der gut gelaunte Präsident des Abgeordnetenhauses, Walter Momper, die Anwesenden auf: „Machen Sie Politik!“ Und die Senatorin würdigte die Arbeit der Quartiersräte mit den Worten: „Wir suchen Ihren Rat und Ihre Unterstützung.“ Mit ihrer Erfahrung im Kiez, im Beruf, in der Familie seien die Quartiersräte „der Kern des Geschehens“ bei der sozialen Stadtentwicklung. Vor zehn Jahren, zu Beginn der Quartiersmanagement-Verfahren, gab es die Bürgerjürs, die über die Finanzierung kleinerer Projekte entschieden. Mit der Einrichtung von Quartiersräten in den einzelnen Gebieten wurde die Bürgerbeteiligung dann 2005 konsequent weiterentwickelt. Man setzte auf die Erfahrungen aus den Kiezen. Die Quartiersräte diskutieren seitdem über Entwicklungsstrategien, beraten Projektideen und entscheiden mit über die Verteilung von Fördermitteln – derzeit fast 15 Mio. Euro. Mit dem Kongress sollte diese Arbeit gewürdigt und die Vernetzung verbessert werden. Vier Kurzreferate gaben Anregungen für die

späteren Arbeitsgruppen. Friedemann Walther von der Bürgerstiftung Neukölln ermutigte z.B. dazu, Bürgerstiftungen in den Bezirken einzurichten. Diese könnten einmal die Aufgabe der Quartiersräte übernehmen, im bürgerschaftlichen Interesse Mittel für den Stadtteil einzusuchen und gezielt einzusetzen. Interessant schien auch das Modellprojekt „Jugendräte“ der Stiftung SPI, das in vier Modellgebieten in Berlin erprobt wird. Dabei sollen gemeinsam mit lokalen Einrichtungen und den Quartiersmanagementteams politik- und bildungsferne Jugendliche, meist Hauptschülerinnen und Hauptschüler, erreicht, aktiviert und qualifiziert werden als Jugendvertreterin und Jugendvertreter für lokale Gremien und Verwaltungen. Im Foyer konnten sich alle an Stelltafeln über die jeweiligen Stärken und Probleme der 35 Quartiersmanagementgebiete informieren. Für Quartiersräte mit Kindern wurde das alles durch die eigens organisierte Kinderbetreuung erleichtert. Da war es eigentlich schade, dass die Treffen in den sich anschließenden Arbeitsgruppen zu kurz waren, die vielen offenen Fragen weiter zu diskutieren. ■



„Zehn Jahre Quartiersmanagement – Quartiersräte diskutierten im Abgeordnetenhaus“

Große Politik im Berliner Abgeordnetenhaus: Mehrere hundert Quartiersräte trafen sich am vergangenen Samstag im ehemaligen Preußischen Landtag zum jährlichen Quartiersrätekongress. Neben der inhaltlichen Diskussion in verschiedenen Workshops stand vor allem der persönliche Austausch zwischen den Ehrenamtlichen im Mittelpunkt. Während des großen Buffets zur Mittagspause gab es dazu jede Menge Möglichkeiten.

Zu Beginn des Kongresses dankten der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Walter Momper, und die Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, den Quartiersräten für ihr Engagement. „Die Quartiersräte sind mittlerweile der Kern des Geschehens“, sagte Junge-Reyer. Sie seien die Experten vor Ort. Mit den aus Mitteln des Programms Soziale Stadt finanzierten Quartiersmanagements sei ein „revolutionäres Projekt für viele andere ins Leben gerufen“, betonte sie. So hätten Schulen, die Polizei und auch die Verwaltung die Entwicklung von Netzwerken unterstützt. Friedemann Walther von der Bürgerstiftung

Neukölln berichtete im Anschluss von seinen Erfahrungen einer Bürgerstiftung als einem möglichen Zukunftsmodell.

Am Nachmittag starteten dann die Workshops, die sich unter anderem den Themen der Einbindung von Jugendlichen durch sogenannte Jugend-Quartiersräte widmeten sowie den „Erfahrungen aus den Quartiersräten“. Auch die Quartiersräte aus der Schillerpromenade waren auf dem Kongress vertreten, unter anderem Beate Hauke, die derzeit mit den Vorbereitungen für den „Markt der Vielfalt“ auf der Schillerpromenade vollauf beschäftigt ist.

Auch die Verwaltung aus den Bezirken und auf Senatsebene sowie die Quartiersmanager aus den jeweiligen Kiezen waren am Samstag stark vertreten. Auf Schautafeln präsentierten sich die einzelnen Quartiersmanagementteams mit ihren Projekten. Im Foyer des Parlamentssaales waren denn auch immer wieder Gruppen im Einzelgespräch zu entdecken. Das eigentliche Ziel, ein Netzwerk unter den Quartiersräten zu knüpfen und die Diskussion über den Sinn und Zweck der in zehn Jahren Quartiersmanagement durchgeführten Projekte zu ermöglichen, wurde somit mehr als erreicht. ■

„Zweiter Quartiersrätekongress“

Am 28. März 2009 fand in der Zeit von 11.00 bis 15.00 Uhr der zweite Kongress der Quartiersräte in den Gebieten der Sozialen Stadt in Berlin statt.

Das Land Berlin wollte sich mit dieser Veranstaltung bei allen Quartiersräten und Jurys für das Engagement in den jeweiligen Gebieten bedanken. Ziel dieser Veranstaltung war außerdem, den Austausch zwischen den einzelnen Quartiersräten weiter zu fördern und die Diskussion über zukünftige Entwicklungen zu unterstützen. Aus der High-Deck-Siedlung waren ca. 15 Beiratsmitglieder des Quartiersrates und Aktionsfonds anwesend, die in den verschiedenen Arbeitsgruppen mitwirkten. Bei den Beteiligten des Kongresses stieß die AG zu den Jugendräten auf großes Interesse, die es in der High-Deck-Siedlung seit einiger Zeit gibt. Die Beiratsmitglieder konnten gar nicht verstehen, warum in anderen Beiräten kaum Jugendliche vertreten sind. Aus der High-Deck-Siedlung sind sie nicht mehr wegzudenken. Fünf Jugendliche sind dort im Quartiersbeirat und verfügen auch über ein Stimmrecht, wenn es beispielsweise um die Abstimmung von Projektanträgen geht. Die Jugendprojekte werden eben-

Ausblick

falls im Aktionsfondsbeirat sehr wohlwollend geprüft und behandelt. Allgemein wurde der Quartiersrätekongress von den Beiratsmitgliedern der High-Deck-Siedlung gelobt, die Atmosphäre war nett, die Organisation der Veranstaltung gelungen. ■

Der Quartiersrätekongress war eine Fortsetzung der im Vorjahr eingeschlagenen Richtung der Berlin-weiten Vernetzung und Kommunikation der Quartiersräte. Der Diskussionsprozess brachte Quartiersräte untereinander, sowie Verwaltung und Politik auf stadtweiter Ebene zueinander. Ein großes, gebiets- bzw. bezirksübergreifendes Interesse an weiterführenden Arbeitsgruppen und Workshops wurde seitens

der Quartiersräte angesprochen. Diese würden die Weiterentwicklung der Berliner Quartiere voranbringen in dem Sinne, die Gebiete zunehmend in die lokale Verantwortung zu übernehmen. Einen solchen zivilgesellschaftlichen Prozess gilt es zu unterstützen. Plattformen sind zu schaffen, um die erforderlichen Zukunftsfragen gemeinsam zu diskutieren und zu beantworten. ■

Impressum

<p>Herausgeber Senatsverwaltung für Stadtentwicklung - Kommunikation - Württembergische Straße 6 10707 Berlin</p>	<p>Bearbeitung Abteilung IV Referat Soziale Stadt</p>	<p>Konzeption und Text Programmservicestelle (PSS) Brückenstraße 6a 10719 Berlin</p>	<p>Layout & Fotos Veronika Giesler Choriner Str. 39 10435 Berlin</p>	<p>Druck Oktoberdruck AG Rudolfstr. 1-8 10245 Berlin Erschienen: Berlin, September 2009</p>
--	--	--	--	--



